

Menschenrechte zwischen Berlin und Jakarta

|| Christlich-muslimische Vermittlungsversuche der Kommission Justitia et Pax

Das Verhältnis von Religion, Kultur und Menschenrechten ist in den politischen Diskussionen der vergangenen Jahre zunehmend in den Mittelpunkt gerückt. Wo die Menschenrechte als universal gültige Prinzipien gesellschaftlichen Zusammenlebens in Anspruch genommen werden, wird sichtbar, daß sie auch einer Verankerung in Gesellschaft und Kultur bedürfen, um nicht nur theoretische Forderung zu bleiben, sondern Rechtswirklichkeit zu werden. Die christlichen Kirchen in Europa blicken auf einen eigenen, sehr spezifischen Weg zurück, der sie letztlich in ein konstruktives Verhältnis zum säkularen Rechtsstaat, und – mit gewissen Einschränkungen – auch zur liberalen Gesellschaft gebracht hat. Das Bewußtsein darum, daß dieser Weg nur eine von verschiedenen Möglichkeiten ist, Politik und Religion in Beziehung zu setzen, kann die Augen öffnen – dafür, daß das Gelingen eines solchen Weges durch nichts garantiert ist, und daß Religion und Politik in ihren Dynamiken und Gestaltungsansprüchen stets neu auszubalancieren und im Gleichgewicht zu halten sind.

An den Menschenrechten, die man als ein geronnenes Extrakt der politischen Entwicklung der Moderne bezeichnen könnte, kulminiert diese Problematik. Die katholische Kirche blickt dabei auf eine wechselvolle eigene Tradition zurück. Lange Zeit lehnte sie die Menschenrechte ab, demokratischer Pluralismus war ihr wesensfremd. Um so bemerkenswerter ist es, daß sie in jüngerer Zeit zu einer lebendigen Verfechterin der Menschenrechtsidee geworden ist,

wofür nicht zuletzt der gegenwärtige Papst ein Beispiel ist.

An dieser prekären Schnittstelle zu arbeiten, ist seit einigen Jahren Ziel der Deutschen Kommission Justitia et Pax, und zwar anhand des Länderbeispiels Indonesien¹. Das Land eignet sich, weil es einerseits die bevölkerungsreichste muslimische Gesellschaft der Staatengemeinschaft aufweist, der Stellenwert des „Religiösen“ unbestritten hoch ist und in den politischen Debatten des Landes immer wieder zum Tragen kommt, es andererseits aber über eine quasi-säkulare Tradition eigenen Gepräges verfügt, in der der Einfluß der Religion innerhalb der Verfassungsordnung begrenzt ist.

Die Kommission Justitia et Pax versteht sich als „Runder Tisch“ all der Akteure der katholischen Kirche in Deutschland, die im internationalen, weltkirchlichen Bereich tätig sind. Frieden, Entwicklung und Menschenrechte bilden von daher den Kern der Aktivitäten, die freilich streng exemplarisch erfolgen und in der Regel an die zuständigen Adressaten aus der Bundespolitik wie Auswärtiges Amt, Entwicklungsministerium und die Bundestagsausschüsse gerichtet sind. Einen Sonderfall bildet die Kommission, weil sie gleichermaßen von der Deutschen Bischofskonferenz wie vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken getragen ist und deshalb mit gutem Recht sagen kann, von der Mitte der Kirche in Deutschland her ihre Legitimation zu beziehen. Als sich im Jahr 1997 die Unruhen im damals noch von Indonesien besetzten Osttimor verstärkten und viele Anzeichen auf eine Eskalation der Gewalt

hinwiesen, koordinierte die Kommission einen „Politikdialog Osttimor“, der die betroffenen Akteure innerhalb Deutschlands zur Abstimmung ihrer Aktivitäten an einen Tisch brachte. Auswärtiges Amt, einige engagierte Abgeordnete, Vertreterinnen und Vertreter der Hilfswerke und von Nichtregierungsorganisationen fanden auf diese Weise einen Weg, das oft angemahnte, aber in der Praxis so schwierig zu erreichende *abgestimmte* Vorgehen zu organisieren. Nicht zuletzt eine Beobachterdelegation bei dem 1999 auf der Insel durchgeführten Unabhängigkeitsvotum gehörte zu den konkreten Resultaten der Kooperation. In deren Auswertung kam man zum Ergebnis, daß die tiefgreifenden Menschenrechtsverletzungen, die in Osttimor im Lauf der vergangenen Jahrzehnte geschehen sind, nicht als singuläre Taten gewertet werden dürfen, sondern aus einem Kontext heraus zu begreifen sind: Um zu einer wirklichen Verbesserung der Lage zu kommen, ist es notwendig, die gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen und Hintergründe der indonesischen Gesellschaft in den Blick zu nehmen, und insbesondere nach Faktoren zu suchen, die für eine menschenrechtsfördernde Entwicklung Indonesiens stehen können. In mehreren Schritten wurde bislang versucht, auf diesem Weg voran zu kommen.

Ein erster Impuls wurde 2001 gegeben: Der Generalsekretär der katholischen indonesischen Bischofskonferenz und deren Menschenrechtsreferent wurden zu politischen Gesprächen nach Deutschland eingeladen. In Berlin, und anschließend auch im Europaparlament und bei der EU-Verwaltung in Brüssel sollten Themen angesprochen werden, die im Alltag bürokratischer Politikabwicklung schnell untergehen, aber für ein nachhaltiges Verstehen einer Gesellschaft wichtig sind: Was sind die tieferen Gründe für die in Indonesien so verbreitete Praxis der Korruption? Über welche Beweg-

gründe verfügen die Religionen, sich zu politischen Fragen in der einen oder anderen Richtung zu äußern? Weshalb sollte von politischer Seite auf die Religionen zugegangen werden, wenn ein verantwortungsvoller Umgang mit den sogenannten Religionskonflikten im Land gesucht wird? Das damals durchgeführte Programm, bei dem die Gäste unter anderem im Menschenrechtsausschuß des Bundestags, im außenpolitischen Club der Katholischen Akademie in Berlin und vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Jürgen Chrobog, empfangen wurden, konnte als erfolgreich bewertet werden. Allerdings war zu spüren, daß damit nur die eine Seite der Medaille gezeigt war: Um eine Sensibilität für die religiös-kulturellen Hintergründe der Politik an dieser geopolitischen Schlüsselstelle Südasiens zu wecken, ist es notwendig, neben den christliche Minderheiten auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Mehrheitsreligion, des Islam, das Gespräch zu suchen.

Der Vorsitzende von *Justitia et Pax*, Bischof Reinhard Marx (Trier), hatte deshalb für das Frühjahr 2004 einige hochrangige Vertreter des indonesischen Islam zu Gesprächen nach Deutschland eingeladen. Mit dem Besuch sollte einerseits der Notwendigkeit nach einem verstärkten interreligiösen Dialog zu Frieden und Menschenrechten Rechnung getragen, andererseits dem Bedarf nach einer vertieften Wahrnehmung religiös motivierter Denk- und Handlungsmuster in der Politik begegnet werden. Beide muslimischen Gäste, Azyumardi Azra, der Rektor der Islamischen Universität (UIN) in Jakarta, sowie Lies Marcoes-Natsir, Programmverantwortliche der Asia Foundation in Indonesien und seit langem in der muslimischen Frauenbewegung Indonesiens aktiv, bemühen sich in ihrer Gesellschaft an unterschiedlichen Orten um die Vermittlung zwischen den Ansprüchen von demokratischem Pluralismus, säkularem Rechtsstaat,

Menschenrechten und Geschlechtergerechtigkeit mit dem Profil authentisch gelebter islamischer Gläubigkeit. Wie kaum an anderer Stelle weltweit spiegeln die indonesischen Debatten zu dem, was mit einem Schlagwort als „Liberaler Islam“ bezeichnet wird, die innere Spannweite einer Religion wider, die gerade nach dem elften September 2001 unter dem Verdacht steht, den politischen Anforderungen der säkularen Moderne nicht zu genügen. Diese Debatten haben sowohl nach innen – für das Selbstverständnis der Religion –, aber auch nach außen – für den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit Religion – erhebliche Relevanz.

Es gelang, nicht zuletzt dank der guten Vernetzung im politischen Bereich, die die Kommission *Justitia et Pax* in den vergangenen Jahren aufgebaut hat, ein Programm für einen zielgerichteten Adressatenkreis durchzuführen: Kern waren zwei Fachforen zu den Themen „Menschenrechte als normativer Konsens für die Moderne?!“ sowie „Demokratie und Islam“, die in Köln und Berlin durchgeführt wurden. Zur Moderation bzw. weiterem Mitwirken konnten einschlägige Fachleute der interreligiösen Debatte gewonnen werden, so Johannes Müller SJ, Lehrstuhlinhaber für Entwicklungspolitik an der Münchener Hochschule der Jesuiten, Christian Troll SJ, ausgewiesener Experte für den Dialog mit dem Islam; beide sind auch in anderen Gremien der Deutschen Bischofskonferenz tätig und erfahrene Vermittler zwischen Wissenschaft und Kirche. Gleiches gilt für Heiner Bielefeldt, Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte, der seine Expertise seit vielen Jahren als Moderator für Menschenrechtsfragen in der Kommission *Justitia et Pax* zur Verfügung stellt. „Von außen“ konnten andere gewonnen werden, so Gudrun Krämer, eine der führenden Islamwissenschaftlerinnen in Deutschland, die das Berliner Forum

moderierte, sowie der Tilburger Religionsphänomenologe Herman Beck, Niederländer mit indonesischen Wurzeln, der Gesprächspartner beim Thema „Islam und Menschenrechte“ war.

Neben den größeren Veranstaltungen, an denen Bundestagsabgeordnete, Vertreter des Innenministeriums, von Botschaften und Stiftungen, aber auch zahlreiche deutsche Muslime teilnahmen, fanden Gespräche der Delegation mit der Unterkommission für den interreligiösen Dialog der Deutschen Bischofskonferenz, den Dialogreferenten der Bistümer und im Sonderstab „Dialog mit der islamischen Welt“ des Auswärtigen Amtes statt. Abschluß und Höhepunkt war schließlich ein Empfang bei Bundespräsident Johannes Rau im Schloß Bellevue.

Die zur Debatte stehende Themenpalette berührte viele Punkte, die auch in den Diskussionen der europäischen Staaten zum Thema Religion sensibel und weithin ungeklärt sind. Im Mittelpunkt standen Fragen nach dem Verhältnis von Shari'a und säkula-rem Verfassungsrecht sowie der Implementierung von Menschenrechten in den kulturellen Kontext Indonesiens. Es wurde sichtbar, wie schwer eine arabische Interpretation des Islam auf den südostasiatischen Versuchen der Inkulturation von Religion lastet und ein eigenes Verständnis des Zusammenhangs von gläubiger und gesellschaftlicher Existenz behindern kann. Betont wurden weiterhin die großen Chancen gerade der beispielsweise javanisch inkulturierten Religionen, friedlich miteinander auszukommen und auf die Entwicklung des Gemeinwohls hin konstruktiv zusammenzuwirken.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussionen war die auch für das Christentum so heikle Genderfrage: Wie halten es die Religionen mit einer an Gerechtigkeitsnormen orientierten Förderung der Geschlechterrollen, insbesondere jener der Frau – innerhalb

der Gesellschaft und innerhalb der eigenen Religion? Inwieweit prägen Traditionen, die lange Zeit auch religiös legitimiert wurden, ein Geschlechterverhältnis, das insbesondere Frauen keine ihren Fähigkeiten angemessenen Entfaltungsmöglichkeiten läßt? Auf den Islam bezogen traten interessante Aspekte insbesondere zu einer von Frauen initiierten Hermeneutik der Koranlektüre zutage; der Austausch mit der feministischen christlichen Theologie dürfte in Zukunft interessant werden.

Zu diskutieren sein wird, ob die Bewegungen innerhalb des asiatischen Islam auch für die deutsche Diskussion zum Verhältnis von Religion und Politik sowie der Integration islamischer Religiosität in die deutsche Gesellschaft neue Perspektiven eröffnen können. Diese Frage war sozusagen die Hintergrundmelodie der Tage. Bei der Planung des Programms wurde sowohl auf die in Deutschland mit Integrationsfragen befaßten Personen, aber auch auf viele in Deutschland lebende Muslime aktiv zugegangen und deren Stellungnahmen erwünscht.

Mit Franz Maxis-Suseno SJ befand sich eine Person in der Delegation, die in verschiedener Hinsicht eine vermittelnde Rolle einnehmen kann: Deutscher Herkunft, aber bereits seit 1964 in Indonesien lebend, nimmt er als christlicher Theologe und Sozialphilosoph in den zum Teil scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der indonesischen Gesellschaft seit Jahren prononciert Stellung und setzt sich für eine differenzierte Wahrnehmung der Religionen ein. Ein wesentlicher Schwerpunkt seines Wirkens ist die Suche nach einem substantiellen Dialog zwischen Religion und Politik, bei welchem die Religion sich keine Illusionen über ihre eigene politische Wirkung macht, und die Politik ihre Verwiesenheit auf religiöse und kulturelle Voraussetzungen anerkennt. Er vermag es, Traditionen miteinander ins Ge-

spräch zu bringen und dabei gegenseitige Lernerfolge zu ermöglichen. Beeindruckend bleibt in Erinnerung, wie er auf Einladung der indonesischen Botschaft zum bunten Kreis der indonesischen Community in Berlin sprach – mit eindrücklichen Worten für die Werte von demokratischer Vielfalt, guter Regierungsform, Korruptionsbekämpfung und Gewaltenteilung werbend, und darin – manchmal explizit und manchmal nur in Andeutungen – die Verbindung knüpfend zwischen dem aufklärerischen Erbe Europas und dem kulturellen Erbe Indonesiens. Es wurde klar, daß Menschenrechte und Demokratie vielleicht in Europa und der sogenannten westlichen Welt zeitlich zuerst formuliert wurden, ihr Geltungsanspruch aber weit darüber hinausgeht, weil sie hier wie dort eine Verbindung zu lokaler Mentalität und Kultur eingehen müssen. Erst darin werden sie lebbar und gewinnen Gestalt.

Eine Fortsetzung auf ganz anderer Ebene fanden die Bemühungen, die von deutscher kirchlicher Seite zum Kontext Indonesiens unternommen wurden, in diesem Sommer: Bei Medan, im Norden der indonesischen Insel Sumatra fand auf Einladung einiger protestantischer Kirchen, die im Verbund der „Vereinten Evangelischen Mission“ (VEM) zusammengeschlossen sind, eine große Konferenz zur Frage statt, wie Friedens- und Menschenrechtsarbeit verstärkt in den Fokus kirchlichen Handelns treten können. *Justitia et Pax*, mit dem deutschen Arm der Vereinten Evangelischen Mission seit mehreren Jahren im Rahmen des „Forum Menschenrechte“ in enger Zusammenarbeit, bot sich als Vermittler an, um der Konferenz einen ökumenischen Charakter zu geben: Hinzu gebeten wurden einige der prominentesten katholischen Menschenrechtler des Landes, unter anderem Ignatius Ismartono SJ, der das „Reconciliation and Crisis Center“ der Bischofskonferenz leitet, Sumardi Sandyawan SJ, ein landesweit bekannter

Kämpfer für die Rechte von Straßenkindern und aktiv in der Demokratiebewegung, sowie Theo van den Broek, ein Franziskaner, der das Büro für Gerechtigkeit und Frieden auf der Insel Westpapua leitet. Letzterer brachte den Kern der einwöchigen gemeinsamen Suche auf den Punkt: Der Kampf für Menschenrechte ist nicht ein *side-event* der Kirche. Es geht um nichts geringeres als

darum, die menschliche Würde wiederherzustellen. Genau darin liegt das Zentrum des Evangeliums.
Daniel Bogner

¹ Eine Dokumentation des interreligiösen Dialogprogramms mit indonesischen Muslimen, der auch einige Artikel der Autoren zum Thema beigelegt sind, kann bestellt werden bei: Deutsche Kommission Justitia et Pax, Kaiserstraße 161, 53113 Bonn, Tel. 0228-103217, justitia-et-pax-deutschland@dbk.de.

Die Natur vollständig aufgeben?

Stellungnahme zu Michael Rosenbergers Artikel „Ein Du vom ersten Moment“

In dem oben genannten Artikel¹ hat Michael Rosenberger meine Überlegungen zur Frage nach der Schutzwürdigkeit des frühen Embryos² in einer – angesichts der uferlosen Literatur zu diesem Thema merkwürdig anmutenden – Ausführlichkeit und Ausschließlichkeit sowie in einer Art und Weise kritisiert, die mich zu einer Stellungnahme veranlaßt.

Der Haupteinwand von Rosenberger besteht darin, ich würde die naturrechtliche Argumentation „vollständig“ verlassen (668) bzw. den zweiten Pol namens „Natur“ aufgeben (669). Grundlage für diesen Vorwurf ist zunächst mein Versuch, drei Diskursebenen herauszuarbeiten, die in der Diskussion um die ethische Legitimität des Embryonenverbrauchs eine Rolle spielen. Im Blick darauf, daß die Diskussion nur allzu oft bloß mit einem Verweis auf eine Güterabwägung – etwa zwischen den verbrauchten Embryonen und den Heilungsaussichten einer möglichen Stammzelltherapie – geführt wird, ging es mir darum zu zeigen, daß der Argumentation mit der Güterabwägung letztlich immer schon ein Urteil über den Status des Embryos zugrundeliegt, und daß die jeweilige Position, die man zur Argumentation mit Potentialität, Identität und Kontinuität

(PIK) einnimmt, immer schon ein bestimmtes Wirklichkeitsverständnis und eine bestimmte Zugangsweise zur Wirklichkeit voraussetzt. Entscheidend ist nämlich hier auf dieser dritten Ebene die Frage, ob man die Wirklichkeit des Embryos aus einer kommunikativ-teilnehmenden Perspektive oder aus einer empirisch-beobachtenden Perspektive heraus betrachtet.

Damit ist nun freilich keineswegs gesagt, daß für denjenigen, der den Embryo aus der Teilnehmerperspektive ansieht, eine Aussage über die Wirklichkeit des Embryos, wie es das PIK-Argument sein will, überflüssig geworden wäre, so als würde die Teilnehmerperspektive allein schon – also ohne jeden Bezug zur Wirklichkeit und zur Sachebene – begründen können, wann der Embryo beginnt. Wie könnte sie das? Da hat Rosenberger Recht. Nur habe ich das auch nie und nirgendwo behauptet. Die drei Diskursebenen habe ich nie als sich ausschließende Argumentationsweisen verstanden. Es ging vielmehr um eine Analyse der verschiedenen Ebenen, die alle drei beim Diskurs, bewußt oder unbewußt, eine Rolle spielen. Daß einem das Wirklichkeitsverständnis bewußt wird, aus dem heraus man argumentiert, bedeutet doch nicht, daß die